

UNIVERSITÄT ZU KÖLN

57. STUDIERENDENPARLAMENT



Beschluss des Studierendenparlaments am 04.07.2012

Das Studierendenparlament der Universität zu Köln unterstützt den folgenden Aufruf und ruft alle Kommiliton*innen zur Beteiligung auf:

Für militärfreie Bildung und Forschung: Aufruf zur bundesweiten Aktionswoche gegen Bundeswehr in Schulen und Hochschulen vom 24.-29. September 2012

Die Bundeswehr drängt an die Schulen und Hochschulen! In den Schulen sucht sie zum einen nach dem Ende der Wehrpflicht neue Rekrut*innen. Zum anderen will sie schon die Kinder und Jugendlichen – die Wähler*innen von morgen – von der Notwendigkeit militärischer Einsätze überzeugen.

In immer mehr Bundesländern schließt sie deshalb Kooperationsvereinbarungen mit den jeweiligen Kultusministerien. Damit sichert sie ihren Jugendoffizier*innen Zugang in die Klassenzimmer. Diese „Experten für die politische Bildung“ gestalten dort den Unterricht, entwerfen Lehrmaterialien, organisieren Ausflüge in Kasernen oder andere Seminarfahrten und üben zunehmend Einfluss auf die Ausbildung von Lehrkräften aus. Auch die Wehrdienstberater*innen kommen regelmäßig und immer häufiger in Schulen, um Jugendliche offensiv für den Dienst an der Waffe anzuwerben. Auch an den Hochschulen wird eine zunehmende Militarisierung der Forschung und Lehre immer deutlicher.

Wir wollen uns gemeinsam der Militarisierung des Bildungssystems in den Weg stellen.

Darum rufen wir zu einer bundesweiten Aktionswoche vom 24.- 29. September 2012 gegen den Einfluss der Bundeswehr und der Rüstungsindustrie auf das Bildungswesen auf. In vielen Städten sollen dezentral bunte, kreative und öffentlichkeitswirksame Aktionen und Veranstaltungen stattfinden, um Politik und Öffentlichkeit auf die Problematik der zunehmenden Militarisierung des Bildungssystems aufmerksam zu machen.

Wir fordern die sofortige Kündigung der bestehenden Kooperationsvereinbarungen zwischen Kultusministerien und der Bundeswehr sowie die flächendeckende Einführung und Einhaltung von Zivilklauseln um eine Lehre und Forschung an Hochschulen zu garantieren, die ausschließlich zivilen Zwecken dient.

Eingebracht von: Stefan Brackertz, Peter Förster, Agnes Kamerichs, Felix v. Massenbach, Senta Pineau

Präsidium des Studierendenparlaments

Tobias Horn
Johanna Glaser
Bilge Gecer

Datum:
04.07.2012

c/o AStA
der Universität zu Köln
Universitätsstraße 16
50937 Köln

Telefon:
+49 (0)221/470-2993

Fax:
+49 (0)221/470-5071

E-Mail:
stupa-
praesidium@uni-
koeln.de